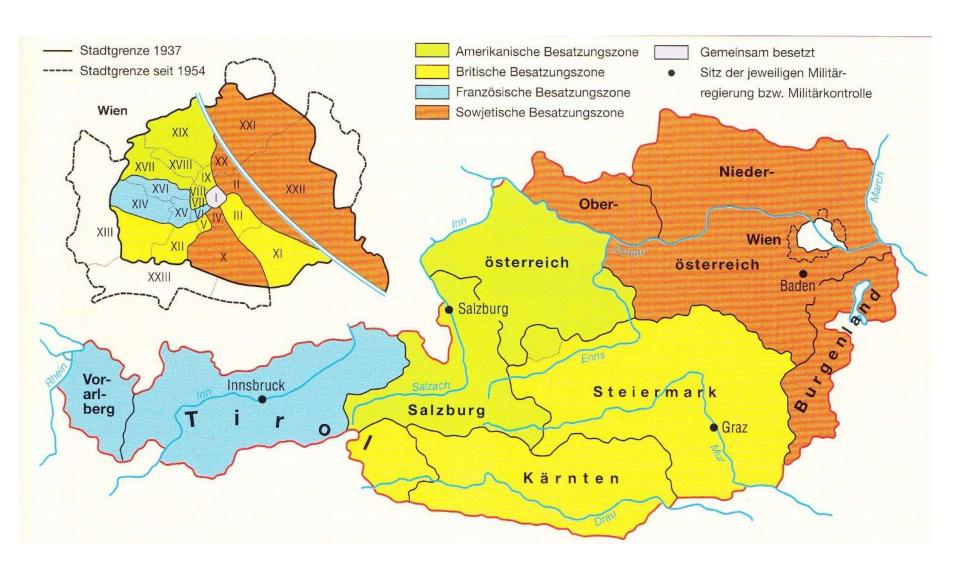


Besatzungszonen in Österreich und Wien



Die Neugründung der Parteien

Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ):
 Karl Renner und Adolf Schärf





 Österreichische Volkspartei (ÖVP): Leopold Kunschak und Felix Hurdes





 Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ): Johann Koplenig



• andere Parteien (z.B. die **Widerstandsbewegung "O5"**) wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht nicht zugelassen

Der politische Wiederaufbau

Karl Renner nahm bereits im **April 1945** das sowjetische Angebot an, eine **provisorische Regierung** zu bilden.

- Konzentrationsregierung aller drei Parteien
- Spürbar neues politisches Klima: "Geist der Lagerstraße"
- noch im April 1945:Gründung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) als überparteiliche Organisation



Karl Renner

Der Wiederaufbau des Staates

Nach ihrer Anerkennung durch die sowjetische Besatzungsmacht trat die **provisorische Regierung** am **27. April 1945** mit einer **Unabhängigkeitserklärung** – der "**Geburtsurkunde**" der Zweiten Republik – an die Öffentlichkeit.

Teilung Österreichs in vier Besatzungszonen

- unbehinderter Güter- und Personenverkehr zw. den Westzonen
- Überschreiten der sowjetischen Zone nur mit einem viersprachigen "Identitätsausweis"

"Erstes Kontrollabkommen" (Juli 1945)

- "Alliierte Kommission für Österreich" aus den vier Oberbefehlshabern der Besatzungsmächte
- oberste Gewalt in Österreich

Auf Initiative Karl Renners im Herbst 1945 legten Politiker aller drei Parteien ein eindeutiges **Bekenntnis zu einem österreichischen Gesamtstaat** ab. Damit war die Gefahr einer Teilung Österreichs gebannt!

Erste freie Wahlen (1945)

Im November 1945 fanden die ersten Nationalratswahlen seit 1930 statt.

- Ehemalige Nationalsozialisten durften nicht wählen.
- Fast 3,5 Millionen Wahlberechtigte, davon 64% Frauen
- Wahlergebnis: ÖVP: 85, SPÖ: 76, KPÖ: 4 Mandate

Unter Druck der Besatzungsmächte wurde wieder eine **Konzentrations-regierung** gebildet:

- Bundeskanzler Leopold Figl (ÖVP)
- Vizekanzler Adolf Schärf (SPÖ)
- Energieminister Karl Altmann (KPÖ)





Noch 1945 wurde **Karl Renner** von der Bundesversammlung zum **Bundes- präsidenten** gewählt. Auf eine Volkswahl verzichtete man aus Kostengründen.

Österreich gewinnt an Eigenständigkeit

"Zweites Kontrollabkommen" (Juni 1946)

- Kontrolle des Alliierten Rats nur noch für Verfassungsgesetze
- Kontrollen an den Zonengrenzen wurden schrittweise abgeschafft
- Reduktion und schließlich Streichung der Besatzungskosten

Der Kampf gegen den Hunger

"Ich kann euch zu Weihnachten nichts geben. Ich kann euch für den Christbaum, wenn ihr überhaupt einen habt, keine Kerzen geben, kein Stück Brot, keine Kohle zum Heizen, kein Glas zum Einschneiden. Wir haben nichts. Ich kann euch nur bitten, glaubt an dieses Österreich."

Bundeskanzler Leopold Figl, Weihnachtsansprache 1945

- erste Erfolge des politischen Neuanfangs
- aber auch: triste wirtschaftliche Situation
 - hunderttausende Flüchtlinge (DP = "Displaced Persons")
- Hilfsprogramme der Besatzungsmächte und verschiedener europäischer Staaten (CH, S, NL, DK)
 - sowjetische Nahrungsmittelpakete
 - CARE-Pakete aus den USA



Schwarzmarkt und Währungsreform

Allgemeiner Versorgungsmangel → Entstehen eines **Schwarzmarkts**

- Lieferanten: alliierte Soldaten
- teilweise gigantische Preise

Währungsreform (1947)

- Umtausch von 150 ÖS im Verhältnis 1:1
- der Rest des Bargelds wurde um zwei Drittel abgewertet
- Folge: Ende der Nachkriegsinflation

Rücktritt des einzigen KPÖ-Ministers

- Ende der Konzentrationsregierung
- Gründung einer Großen Koalition zwischen ÖVP und SPÖ (bis 1966)

Wirtschaftlicher Neuanfang

Am härtesten trafen die Betriebe die **umfangreichen Demontagen von Produktionseinrichtungen** (vor allem in der Sowjetzone - USIA-Betriebe).

Erstes und Zweites Verstaatlichtengesetz (1946, 1947)

- Verstaatlichung von Großbanken (CA-BV, Länderbank, ÖCI)
- Verstaatlichung der Kohle-, Bergbau-, Hütten-, Eisen- und Metallindustrie
- Verstaatlichung der Erdölindustrie und Elektrizitätswirtschaft

Einbeziehung Österreichs in den Marshallplan (1948-51)

- US-Hilfsprogramm "European Recovery Program" (ERP)
- kostenlose Warenlieferungen in Höhe von ca. 14 Milliarden Dollar
- Vergabe der Verkaufserlöse als günstige Kredite für notwendige Investitionen
- Folge: bedeutender Wirtschaftsaufschwung in Österreich!

Die "Südtirol-Frage"

Österreichs Gebietsansprüche an Italien – die Rückgabe des deutschsprachigen Südtirol – wurden von den Siegermächten abgelehnt.

"Gruber-de-Gasperi-Abkommen" (1946)

Schutz der deutschsprachigen Bevölkerung

Folge: terroristische Anschläge auf italienischen Einrichtungen

(1960er-Jahre)



"Südtirol-Paket" (1969)

Autonomie-Paket (erst 1992 abgeschlossen)

Das Ringen um den Staatsvertrag

Erst der Tod Stalins (1953) leitete eine "Tauwetterperiode" ein.

Angebot von BK Figl an die Besatzungsmächte in Berlin (1954)

Verzicht Österreichs auf jegliche Militärbündnisse

Verhandlungen über den Staatsvertrag in Moskau (1955)

- Garantie Österreichs: Kein Wiederanschluss an Deutschland
- Moskauer Memorandum am 15. April 1955
 - Bestimmungen über die finanzielle Ablöse für sowjetische Unternehmungen in Österreich
 - Politisches Tauschgeschäft: immerwährende Neutralität für den Abzug der sowjetischen Truppen aus Österreich (Vorbild: Schweiz)

Am 15. Mai 1955 wurde der österreichische Staatsvertrags im Wiener Belvedere unterzeichnet. BK Leopold Figl: "Österreich ist frei!"

Die "immerwährende Neutralität"

- Nicht im Staatsvertrag festgeschrieben!
- Beschluss des Bundesverfassungsgesetzes über die Neutralität durch den österreichischen Nationalrat am 26. Oktober 1955
- Aufnahme Österreichs in die UNO als "dauernd neutraler Staat" am 14. Dezember 1955

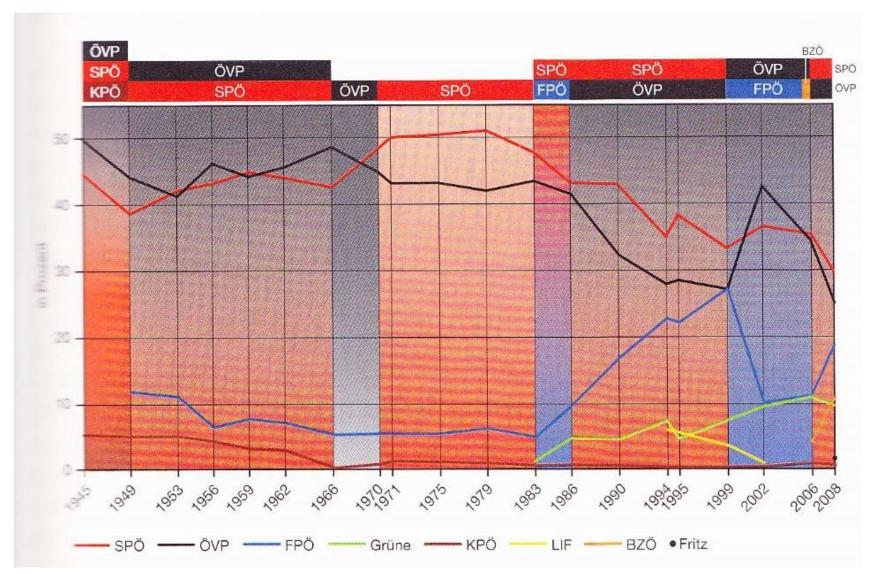
Verpflichtungen der Neutralität

- das Verbot, einen Krieg zu beginnen und dadurch seine Neutralität von sich aus zu beenden
- das Verbot der Teilnahme an Kriegen zwischen dritten Staaten
- die Pflicht zur Erhaltung und Verteidigung der Unabhängigkeit, territorialen Integrität und der Neutralität sowie zur Schaffung der dazu notwendigen Mittel
- die Pflicht, jedes Verhalten zu vermeiden, das Österreich in der Zukunft vielleicht in Konflikt mit seinen Neutralitätspflichten bringen könnte

Ausgangsposition - Erste & Zweite Republik

Bereich	Erste Republik	Zweite Republik	
Politische Situation	 Konsens in der Frage der wirtschaftlichen Lebensunfähigkeit des Landes Abwanderung von Kapital vor der Gefahr des Kommunismus Unterdrückung sozialpartnerschaftlicher Ansätze durch die Christlichsozialen 	 Konsens in der Frage der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit Österreichs weltwirtschaftliche Hochkonjunktur zu Beginn der Zweiten Republik 	
Die Rolle des Staates	 streng liberale Wirtschaftspolitik des Staates wenig öffentliche Investitionen Ausnahme: Landwirtschaft, sozialer Wohnbau (das "Rote Wien") Ziel: kein Anstieg des im Umlauf befindlichen Geldes Folge: hohe Arbeitslosenrate, Depression, Aber: harte Währung, ausgeglichene Bilanz 	 aktive Wirtschaftspolitik des Staates ÖVP: "Soziale Marktwirtschaft" SPÖ: Demokratische Marktwirtschaft" Priorität: Vollbeschäftigung bzw. gerechte Einkommensverteilung während einer internationalen Hochkonjunktur 	
Auslandshilfe	 Völkerbundanleihe (1922) große Auflagen an des Staat keine Investitionen, Schuldentilgung hohe Arbeitslosigkeit, ausgeglichenes Budget 	 "Marshall-Plan": Investitionen in die Industrie, Großprojekte, Rohstoff-industrie, verstaatlichte Industrie Ziel der USA: Sicherung von Absatzmärkten in Europa 	
Eigentumsfrage	 konträre Position der politischen Blöcke kaum Verstaatlichung Folge: Ausstieg der SPÖ aus der Regierung 	 Konzept der Verstaatlichung großer Wirtschaftsbereiche (Banken, Grundstoffindustrie, Energiesektor,) kaum privates Interesse (Kapitalmangel) Ziel: aktive Beschäftigungspolitik des Staates, Strukturausgleich 	

NRW-Ergebnisse und Regierungskonstellationen 1945-2008



Regierungen der Zweiten Republik

Periode	Regierungsform	Parteien	Bundeskanzler
1945-47	Konzentrationsregierung	ÖVP-SPÖ-KPÖ	Leopold Figl
1947-66	Koalitionsregierung	ÖVP-SPÖ	Leopold Figl Julius Raab Alfons Gorbach Josef Klaus
1966-70	Alleinregierung	ÖVP	Josef Klaus
1970-71	Minderheitsregierung	SPÖ	Bruno Kreisky
1971-83	Alleinregierung	SPÖ	Bruno Kreisky
1983-86	Koalitionsregierung	SPÖ-FPÖ	Fred Sinowatz
1986-1999	Koalitionsregierung	SPÖ-ÖVP	Franz Vranitzky Viktor Klima
2000-02	Koalitionsregierung	ÖVP-FPÖ	Wolfgang Schüssel
2002-06	Koalitionsregierung	ÖVP-FPÖ/BZÖ	Wolfgang Schüssel
2006-???	Koalitionsregierung	SPÖ-ÖVP	Alfred Gusenbauer Werner Faymann

"Entnazifizierung"

- Verbot der NSdAP, der Wehrverbände (SA, SS) und anderer Organisationen (=Verbotsgesetz)
- Registrierung aller Nationalsozialisten
 (Parteimitglieder und Angehörige der Wehrverbände)
 - Einstufung als Kriegsverbrecher oder gerichtlich zu verfolgende Personen
 - als "belastete" oder "minderbelastete" Nationalsozialisten
- "Sühnefolgen"
 - Sühneabgaben
 - Beförderungshemmung
 - Zeitweiliges Berufsverbot
 - Fristlose Entlassung am Arbeitsplatz
 - Verhaftung oder Internierung in einem Anhaltelager
 - Ausschluss vom Wahlrecht bis 1949
- Volksgerichte sprachen bis 1955 13.600 Verurteilungen aus
- umfassende Amnestie für alle Minderbelasteten (1948)

Vom VdU zur FPÖ

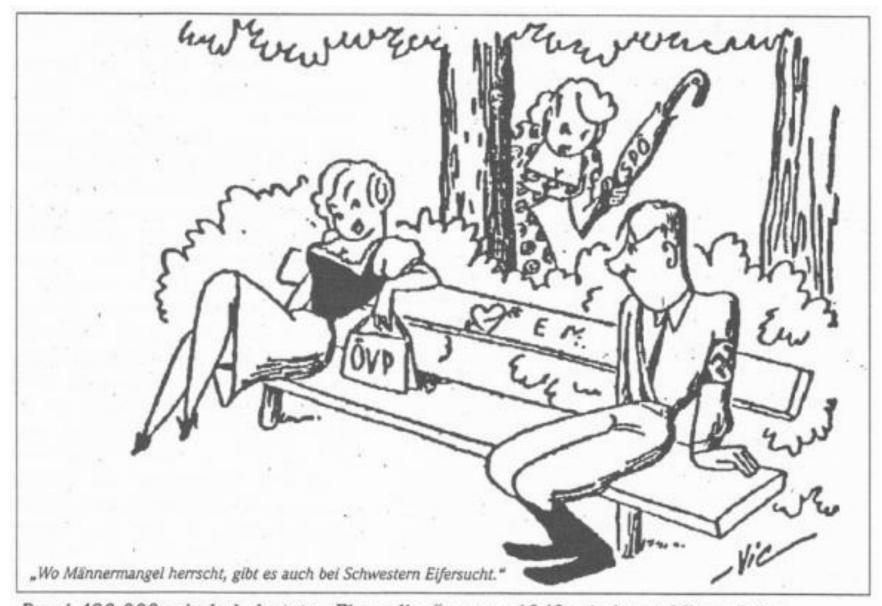
Zulassung des Verbands der Unabhängigen (VdU) bei den Wahlen 1949

- Sammelbecken ehemaliger "minderbelasteter" Nazis
- erreichte auf Anhieb 16 Mandate (12 Prozent)
- 1955: Ende des VdU

1956: Gründung der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)

- Gründer: Anton Reinthaller
- Bekenntnis zur "deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft"
- Aber auch: Bekenntnis zur "Eigenstaatlichkeit Österreichs"





Rund 490.000 minderbelastete "Ehemalige" waren 1949 wieder wahlberechtigt Die Großparteien auf Stimmenfang – Karikatur aus den Salzburger Nachrichten vom 28. 6. 1949. SN 17.5. 95

Entschädigungsfragen

Der "Opfermythos" (Österreich als "erstes Opfer des Nationalsozialismus") hielt sich hartnäckig:

- 1991: Erklärung über die "Täterrolle" Österreichs durch BK Franz Vranitzky

- 2000: "Versöhnungsfonds"
 - für noch lebende ZwangsarbeiterInnen
- 2001: "Entschädigungsfonds"
 - für die Rückgabe von enteignetem jüdischen Vermögen und eine bessere soziale Versorgung der Holocaust-Opfer